



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/166 - 24. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Herta Gotthelf: Frauen gegen Atomrüsten	S. 1
Inflationsgespens über Grossbritannien	S. 3
Von der CDU-Wahlpropaganda	S. 5
Bonner Verhandlungen über den SBZ-Flüchtlings-Wohnungsbau	S. 6
In eigener Sache	S. 7
Astrologen als CDU-Wahlhelfer	S. 7
Erste Kernbrennstofflieferung aus den USA	S. 8

Hört die Stimme der Frauen!

Von Herta Gotthelf

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, Josef Gockeln, Vorsitzender der katholischen Arbeiterbewegung, hatte vor einiger Zeit den schlechten Geschmack, sich über die Atomangst von Millionen Menschen lustig zu machen.

Vor dem Dekanats-Katholikentag in Brakel forderte er seine Hörer auf, die "Reden gewisser Professoren" nicht zu ernst zu nehmen, und er meinte dann weiter, dass man bis zu den Wahlen wohl noch allerhand über radioaktiven Regen und radioaktiven Blumenkohl hören werde. Anscheinend liest Herr Gockeln keine Zeitung, sonst müsste er wissen, dass schon heute in Japan zentnerweise Fische fortgeworfen werden müssen, weil sie durch die Versuchsexplosionen radioaktiv verseucht sind, und er müsste auch hier und da von den Besorgnissen internationaler Wissenschaftler über den hohen Gehalt von Radioaktivität in den Niederschlägen nach Versuchsexplosionen gelesen haben.

Der radioaktive Blumenkohl des Herrn Gockeln ist leider nicht nur ein schlechter Witz, sondern, wie wir in der ergreifenden Rede von Albert Schweitzer hören konnten, eine ernste Gefahr. Anscheinend verträgt es sich aber mit dem christlichen Gewissen gewisser bundesdeutscher Politiker, die Atomgefahren zu verniedlichen, damit sie weiter ungestört ihren Weg in eine atombewaffnete Zukunft gehen können.

In dieser Atmosphäre von Verharmlosungen, von halben Wahrheiten -2-

und ganzen Lügen ist es erfreulich zu sehen, dass gerade die Frauen in der Bundesrepublik den Mut haben, ihre Stimme zu erheben, um gegen den Irrsinn des Atomwetterüstens zu protestieren. Nicht nur die Frauen der Sozialdemokratischen Partei, die in vielen Hunderten von Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, der von Zehntausenden von Frauen besucht war, Resolutionen zur ausschliesslich friedlichen Verwendung der Atomkraft^{an} nahmen, haben sich in diese Diskussionen um das Atomwetterüsten eingeschaltet. Vor kurzem unterzeichneten 18 überparteiliche Frauenverbände, unter denen sich auch katholische und protestantische Frauenverbände befinden, einen Aufruf zur Einstellung der Versuchsexplosionen und zur ausschliesslich friedlichen Verwendung der Atomkraft.

Andere Frauen, namhafte Wissenschaftlerinnen, Frauen des öffentlichen Lebens, Künstlerinnen, Schriftstellerinnen, Frauen aus der Sozialarbeit, haben ihre Unterschriften unter einem von Frau Dr. Elisabeth Heimpel, Göttingen, herausgegebenen Aufruf gesetzt, in dem auch sie mit der ganzen Autorität ihres guten Namens gegen das Atomwetterüsten aussprechen.

Falls diejenigen, die heute noch verantwortlich für die bundesrepublikanische Politik sind, nicht ganz verlernt haben sollten, auch auf die Stimmen aus dem Volke zu hören, möchte man ihnen dringend raten, sich sowohl die Organisationen anzusehen, die ihre Namen unter den Atomaufruf der Frauenverbände gesetzt haben, wie auch die Namen jener Frauen, die unter dem Aufruf von Frau Dr. Heimpel erscheinen.

Man wirft den Frauen oft vor, unpolitisch zu sein. In dieser Frage des Atomwetterüstens haben sie - eher und klarer als viele sogenannte Staatsmänner - begriffen, dass es hier um Leben und Tod geht.

* * *

Alarmruf des Schatzkanzlers

E.A. London

Inflation in Grossbritannien ist eine alte Geschichte. Und doch ist sie immer neu, und wen sie trifft, dem bricht sie nicht nur das Herz, sondern auch den Lebensstandard. Eine zahlenmässig starke Schicht des unteren Mittelstandes und Alterspensionäre und Rentner fühlen sie am härtesten. Viele von ihnen reagieren damit, dass sie ihrer traditionellen Partei, den Konservativen, die Nachfolgerschaft versagen. Das erklärt den Pendelschwung nach links bei den Nachwahlen zum kritischen Unterhaus.

In den letzten Wochen sind in Grossbritannien die Preise für Kohle, Gas und Postleistungen in die Höhe gegangen. Eingesetzt haben zunächst noch in bescheidenem Umfange die Mietsteigerungen, die im Laufe der nächsten 18 Monate so manchen Familienhaushalt aus dem Konzept bringen werden. Angekündigt wurden höhere Stahlpreise. Der Lebenshaltungsindex klettert pro Monat um einen Prozent hinauf, der Notenumlauf hat einen neuen Rekordstand erreicht und liegt um eine volle Milliarde D-Mark höher als im Juli 1956. Mit anderen Worten, die Inflationserscheinungen werden so allgemein, dass sich jeder, der es kann, auf das Weiterrollen der Inflationswelle einrichtet und damit psychologisch hilft, den inneren Konsum anzuschwellen, während die Produktionssteigerungen weit hinter der Verbrauchsaufblähung zurückbleibt.

Unter diesen Umständen stellt der verstärkte Druck der britischen Arbeiter für höhere Löhne eine natürliche Erscheinung dar. Die jetzigen Streiks der Omnibusfahrer usw. gehen um Lohnerhöhungen, die längst fällig gewesen wären, wenn die Löhne ihre Kaufkraft behalten sollen.

Die MacMillan Regierung hat seit Monaten die Dinge treiben lassen, ohne sich bezurhigt zu zeigen. Nur als eine Gewerkschaft nach der anderen aufmarschierte und Erhöhungen von durchschnittlich fünf bis sieben Prozent durchsetzte, als die City die mündelsicheren Regierungspapiere niedriger und niedriger handelte, fuhr Schatzkanzler Thorneycroft auf und läutete die Alarmglocke. Wenn die Inflation auf Grund neuer Lohnbewegungen weiter und weiter getrieben werde, so wäre die Stabilität der Pfundwährung gefährdet. Statt die erwünschte Schockwirkung hervorzu- bringen, verursachte der Alarmruf ein weiteres Fallen der Regierungspapiere, eine Spekulation gegen das Pfund Sterling und eine Schwächung

des ausländischen Vertrauens in die britische Währung, Thorneycroft war zu weit gegangen. Die konservativen Abgeordneten verlangten Aufklärung. Vor der Toryparlamentsfraktion blies dann der Schatzkanzler zum Rückzug und erklärte, er habe nur warnen wollen, in Wirklichkeit seien Wirtschaft und Staatsfinanzen gesund und die zu erwartende Produktionssteigerung werde ganz von selbst die Inflationswelle zum Stehen bringen. Macmillan ging dann noch weiter und beschwor das Inflationsgespenst mit der alten Formel Coué: Es geht uns schon viel besser.

Angekurbelt durch den höheren Geldumlauf, die verstärkte Nachfrage und durch das Bestreben, zu verdienen, solange die Sonne scheint, hat sich die britische Produktion in den letzten Monaten tatsächlich nach dem völligen Stillstand des letzten Jahres wieder belebt. Die Stahlfertigung stieg um fünf Prozent, die Kohlenförderung um drei, und die Autoindustrie exportiert mehr Wagen als je zuvor. Aber im Durchschnitt beträgt die Produktionszunahme doch nur erst zwei Prozent gegenüber dem Vorjahre - und die Verbrauchsteigerung liegt sieben Prozent über dem Vorjahresstande, mit anderen Worten, die Entwicklung deutet auf weitere Inflationszunahme. Die Hoffnung, dass die erhöhte Produktivität die Inflation einholen und zum Stillstand bringen werde, wird sich als eine Fehlerwartung erweisen.

Nun haben MacMillan, Thorneycroft und Macleod noch ein anderes Inflationsrezept in Reserve: ein höchstes Schiedsgericht für Einkommen, Kosten, Preise und Profite. Es soll sich aus einem engen Gremium von drei oder fünf Fachleuten zusammensetzen und dauernd sozusagen die Beziehungen zwischen Löhnen, Preisen und Profiten dem Publikum durch feierliche Erklärungen einhämmern. Als die Regierung dieses Projekt dem britischen Gewerkschaftsbund zur Begutachtung und Unterstützung unterbreitete, fand sie wenig Entgegenkommen. Denn es ist ja wohl klar, der britische Gewerkschaftskongress soll seine Mitglieder zügeln, nicht gegen die goldenen Regeln des neuen Schiedshofes zu verstossen. Wer aber würde die Kosten, Preise und Profite in Schach halten? Da die MacMillan-Regierung jede staatliche Kontrolle der Wirtschaft als eine sozialistische Sünde weit von sich weist, würden sie sich weiter nach den ehernen Regeln des Profitmotivs entwickeln. Obwohl so das Projekt von vornherein zur Einseitigkeit verurteilt ist, will die Regierung es weiter verfolgen. Schliesslich muss man sich ja doch wenigstens den Anschein geben, etwas Ernstliches zur Inflationsbekämpfung zu tun.

Blindgänger raus - Knüller rein !

W.K. Mit neuem Gesicht und mit neuen Wahlknüllern wird die CDU-Wahlillustrierte "Wir Alle" weiterhin kostenlos frei Haus geliefert. Noch dominieren in ihr Wahlstar Nr. 1 Erhard und Konrad Adenauer. Bezeichnenderweise wurde das Bild Adenauers, wie er die Front einer salutierenden Kompanie der Roten Armee abschreitet, in der neuen Ausgabe entfernt. Es hat sicher allzu sehr zur Nachdenken angeregt, und gerade das wollen die CDU-Wahlstrategen vermeiden. Aus diesem Grunde dürfte wohl auch das "Gespräch ohne Ende" über das Haushaltsgeld verbannt sein. Die Unterhaltung zwischen Motorroller, Fernsehgerät und Kühlschrank, die im "Sei doch zufrieden" endet, wird manch einen daran erinnern haben, was er gern haben möchte, bei den in keinem Verhältnis zum Objekt stehenden Preisen allerdings unbedenkbar ist. Dafür nun hat man ein "heroisches Epos" unter die übrigen Wahlkarten gemischt, den Brief der Mutter Marie an ihre Schwester in den USA.

Marie macht der Schwester, einst ausgewandert in die Staaten, vor, was "treu-deutscher Geist" ist. Noch einmal zaubert die wortgewandte Marie das Schwarz des Nachkrieges in Deutschland hervor, ihr Mann ist in Russland vermisst. Die Kinder sind alle glücklich verheiratet, die finsternen Jahre alle weggepustet; denn der Fleischer fragt wieder: "Womit kann ich dienen?" Und nun soll sie zur Schwester nach Amerika kommen? Marie muss jedoch hierbleiben, weil sie die deutschen Städte weiter aufblühen sehen will, weil sie teil hat am "neuen Leben im alten Deutschland", weil sie "mit ihm zusammengewachsen ist", die Arme. Natürlich muss sie vor allem dem "noch besseren" Leben drüben fernbleiben, weil sie am 15. September, wie könnte es anders sein, Mister Adenauer wählen muss. Das schreibt die CDU-Marie zwar nicht wörtlich so, aber dafür hätte das Schwesterchen sicher auch kein Verständnis.

Kinder zieren auch diesmal wieder die letzte Seite des CDU-Wahl-Bilderbuches. Kinder ziehen immer, selbst Hitler nahm sie auf den Arm, um allen zu zeigen, wie lieb und herzensgut er ist. Und wenn die Kinder noch vor eine Elberücke plaziert sind, die "auch wieder aufgebaut werden wird", dann sollte die Wirkung gar nicht ausbleiben können. Sicher wird die Brücke über die Elbe wiederaufgebaut werden, wer wollte daran zweifeln. Doch meinen wir, zuvor sollten andere Brücken gebaut werden. Davon spricht das Bilderbuch nicht, oder gibt es davon nichts zu sagen? Schade!

Kein Wohnungsbau mehr für SBZ-Flüchtlinge

s - Seit einigen Wochen ist der Wohnungsbau für Sowjetzonenflüchtlinge, von denen sehr viele noch in Lagern leben, nahezu völlig eingestellt worden. Zwischen den beteiligten Bundesressorts und zwischen Bund und Ländern finden in diesen Tagen Verhandlungen statt, in denen geklärt werden soll, wie man ihn wieder ankurbeln kann.

Der Grund für die entstandenen Stockungen sind die zu niedrigen Beträge, die der Bund den Ländern für die einzelne Flüchtlingswohnung überlässt. Zur Zeit beträgt diese Quote 2 000 DM pro Flüchtling, aber schon im September 1956, als diese Summe festgesetzt wurde, war zweifelhaft, ob sie ausreichen würde. Denn es war schon damals kaum möglich, etwa für 8 000 DM eine Vier-Personen-Wohnung zu errichten. Inzwischen sind die Baukosten jedoch noch weiter gestiegen.

In der Bundeskasse liegen 300 Millionen DM bereit, die die Länder sofort für diesen Wohnungsbau abrufen könnten, aber solange sie für je 8 000 DM eine Vier-Personen-Wohnung nachweisen müssen, sind sie nicht in der Lage, dieses Geld oder wenigstens einen Teil davon in Anspruch zu nehmen.

Bei den Verhandlungen zwischen den Bundesressorts und zwischen Bund und Ländern wird erwogen, die Quote für die Vier-Personen-Wohnung von 8 000 auf 10 000 DM heraufzusetzen, allerdings soll der Bundesfinanzminister vorgeschlagen haben, dann in der Wohnung, die eigentlich für vier Personen vorgesehen ist, fünf Personen unterzubringen.

10 000 DM statt 8 000 DM für eine Vier-Personen-Wohnung erfordern zusätzlich 150 bis 200 Millionen DM zu den 600 Millionen DM, die bisher für den Flüchtlings-Wohnungsbau jährlich bereitstehen. Aber selbst wenn der Bundesfinanzminister sich ausserstande erklären sollte, diese Summe aufzubringen, wäre es besser, man einigte sich darauf, mit höheren Quoten weniger Wohnungen als gar keine Wohnungen zu bauen. Da Experten schon vor Monaten diese Entwicklung vorausgesehen haben, trifft die Schuld, sich jetzt erst um Abhilfe zu bemühen, in vollem Umfang die Bundesressorts: das Bundesfinanzministerium, das Bundeswohnungsbauministerium und das Bundesvertriebenenministerium.

Gerade in Bonn sollten die Ministerialbeamten wissen, wie menschenunwürdig viele SBZ-Flüchtlinge noch immer in Lagern hausen. In der Nähe Bonn gibt es ein grosses Flüchtlingslager, das in letzter Zeit wiederholt wegen seiner völlig unzureichenden Lebensbedingungen öffentliches Aufsehen und Argernis erregt hat.

* * *

Horospokus

G. Dass der Wahlkampf schon sehr früh in das Stadium der Verbalinjurien trat, hat Herr Adenauer den fassungslosen Bundesdeutschen kundgetan. Wir sind so ziemlich auf alles vorbereitet, was und wer da in die Propaganda-Defensive der CDU eingeschaltet wird.

Aber manches kommt doch Überraschend, Wer hätte denn damit gerechnet, dass die CDU-Wahlkampfleitung auch noch die Wahrsager von Born und Umgebung in ihre Werbung einschalten würden?

Der Auftrag, aus den Sternen herauszulesen, dass Adenauer bleibt, dass sein "Rücktritt kosmisch nicht zu rechtfertigen" sei, fällt den geschäftstüchtigen Astrologen sicherlich besonders leicht. Die Millionenfonds der Regierungsparteien garantieren fürstliche Honorare.

Mit einer genügenden Summe lassen sich selbst die Sterne bestechen.

Herr Hitler und sein Handlanger Himmler haben ihre Politik auch nach den Sternen ausgerichtet. Mit beispielhaftem Erfolg - oder würde sonst die CDU mit diesem faulen Zauber versuchen, die Bevölkerung zu verdummen? Was gegenwärtig bei dieser Regierung in den Sternen liegt, das ist die Einheit unseres Vaterlandes. Dr. Adenauer kann sie nicht erreichen - über diese Tragik sollen jetzt die Sterngucker hinweghelfen.

Für klingender Lohn versuchen sie dem deutschen Volk - um bei den Sternen zu bleiben - den grossen Bären aufzubinden.

* * *

Aber Herr Adenauer!

sp. Es ist hinreichend bekannt, dass der CDU-Parteivorsitzende und derzeitige Bundeskanzler Adenauer gelegentlich mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuss steht. Es ist auch bekannt, dass derselbe Herr Adenauer gelegentlich bedenkerlos - und das besonders bei Pressekonferenzen - irgen etwas vor sich hinredet, was bei näherer Betrachtung mit der Wahrheit im Widerspruch steht. So auch in einer Pressekonferenz am 12. Juli 1957 in Bonn, deren stenographisches Protokoll uns jetzt vorliegt. Da meinte der Herr Adenauer wörtlich: "Dann der SPD-Pressedienst, das ist noch eine Nummer für sich. Jetzt verteilen sie Handzettel und kleben sie an, in dem ich mit zitternder Greisenhand eine Unterschrift vollzogen habe, und diese Unterschrift, die angeblich von mir herrühren soll, die sieht wirklich aus wie von einem dattrigen Greis."

Wenn ein Bundeskanzler so etwas sagt, müsste man annehmen, es sei richtig. Aber weder hat "der SPD-Pressedienst" Handzettel herausgegeben noch verteilt noch angeklebt. Nicht einmal die SPD hat das getan, und wir können uns wirklich nicht vorstellen, woher Herr Adenauer seine Informationen bezieht. Ihn scheint das aber nicht sonderlich zu kümmern; die Hauptsache ist, er kann etwas "verzählen".

* * *

Dankesschuld und Verpflichtung

sp - In der Geschichte der deutschen Atomforschung wird der 23. Juli dieses Jahres einen besonderen Platz einnehmen. An diesem Tage traf auf dem Frankfurter Flughafen die erste Kernbrennstofflieferung auf westdeutschem Boden ein. Als Lieferant zeichnen die Vereinigten Staaten, als Empfänger die Universität von Frankfurt, für deren Reaktor die 1800 Gramm Uranium 235 bestimmt sind. Die Lieferung erfolgte im Rahmen des von Präsident Eisenhower seinerzeit verkündeten Programms "Atome für den Frieden". Sicherlich wird es nicht bei dieser Sendung bleiben. Auch andere Bundesländer und andere deutsche Universitäten werden bald als Abnehmer folgen und somit den deutschen Atomphysikern die Gelegenheit geben, nun auch ihrerseits an der Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken mitzuwirken. Hier hat die Bundesrepublik einen durch Kriegs- und Nachkriegszeit bedingten jahrzehntelangen Rückstand einzuholen. Andere Länder, wie die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und die Sowjetunion, sind uns in dieser Hinsicht weit voraus: wir müssen in verhältnismässig kurzer Zeit mächtige Sprünge nach vorwärts tun, wenn wir die grossen Energielücken füllen wollen, die schon in der nahen Zukunft zu erwarten sind. Die Wohlfahrt künftiger Generationen hängt im hohen Masse davon ab.

Dass die Vereinigten Staaten uns durch die Lieferung von Kernbrennstoffen gewissermassen in der Rolle eines Gebarschiffers beistehen, ist für den, der sich den Sinn für grössere Zusammenhänge bewahrt hat, gewiss von grosser symbolischer Bedeutung. In ihr drückt sich das so völlig veränderte Verhältnis der USA zu Europa aus. Amerika verdankt seinen Aufstieg zur stärksten Industriemacht der Welt den vielen Millionen eingewanderten Europäern, im 19. Jahrhundert waren es allein etwa 50 Millionen, darunter auch viele Deutsche. Sie brachten einen kühnen Pioniergeist mit, der aus jungfräulichem Boden blühende Industrielandschaften und fruchtbare Landstriche schuf, sie verpflanzten europäische Technik und europäisches Können auf den Boden dieses Kontinents. Der mächtigste Antrieb auf dem Gebiet der Entwicklung der Atomenergie kam ebenfalls von Europäern. Sie leiteten die bedeutendste industrielle Revolution der Neuzeit ein, die das Gesicht von morgen bestimmen wird. Fluch und Segen ruhen gleichermassen im Atom, es birgt in sich die Möglichkeit gänzlicher Vernichtung alles Lebenden, aber auch die Quelle eines ungeahnten Aufstiegs der menschlichen Rasse zu gesteigerter Wohlfahrt und Sicherheit vor materieller Not.

Wenn heute die Vereinigten Staaten im Rahmen des Eisenhower-Programms: Atom für den Frieden, auch den europäischen Ländern durch Lieferung von Kernbrennstoffen helfen wollen, mit der Höhe des industriellen Atomzeitalters gleichzuziehen, so tragen sie damit eine Dankesschuld ab. Sie geben zurück, was ihnen einst Europa gewährte, sie bekunden aber auch damit ihren Willen und ihre Entschlossenheit, im Verein mit anderen Völkern die Atomenergie für den Frieden nutzbar zu machen. Gewiss werden sie bei den deutschen Physikern, die durch ihren schon Geschichte gewordenen Göttinger Appell weitweite Wirkungen auslösten, auf verständnisvolle Partnerschaft stossen. Niemand kann dem Atomzeitalter entfliehen; es kommt allerdings darauf an, seine unvermeidlichen Schattenseiten auf ein Mindestmass zu halten.

* * *